

# Höhenlage und Höhe bzw. Stellung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO; § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) 5.2 Definition Gebäudehöhe (im GE und GE<sup>E</sup>). Traufhöhe

- 5.4 Traufhöhen im WA1, WA2 und WA3
- 5.5 Stellung der Gebäude im WA1 bis WA4 (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- 7. Bauweise (§ 22 BauNVO)
- 7.1 Abweichende Bauweise im WA3 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)
- 7.2 Abweichende Bauweise im WA4 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)
- 7.3 Offene Bauweise im WA1 und WA2 (§ 22 Abs. 2 BauNVO)
- 8. Nebenanlagen (§ 14 BauNVO)
- Stellplätze, Garagen und Zufahrten (§ 12 BauNVO) und ihre Befestigung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) rdachte Stellplätze, Carports und Garagen, sind ab einem Abstand von 16 m zu der Straßer
- Stellplätze und Garagen im WA1 und WA2
- 9.2 Stellplätze und Garagen im WA3, WA5, MI, MI1 und GE<sup>E</sup>

9.6 Stellplätze und Gemeinschaftsanlage Tiefgaragen im MK und unter dem

- Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004. 9.4 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004.

- 11. Anpflanzen und Erhalten von Bäumen. Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)
- rsetzen. Es sind Arten gemäß Artenliste zu verwenden. 11.2 Begrünung von Nebenanlagen, Stellplätzen und Garagen
- Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden sind an ihren zum öffentlichen Raum hin gelegenen vertikalen Bauteilen mit Pflanzen zu begrünen. Werden diese in einem Abstand von 1 bis 3 m zum Nachbargrundstück hin errichtet, so sind diese seltlichen vertikalen Bauteile zu mindestens 50 % zu begrünen.

- 11.5 Bepflanzungen der öffentlichen Verkehrsflächen In den öffentlichen Verkehrsflächen mit 6,5 bis 12 m Breite ist je angefangener 20 m Straßenlänge einseitig ein hochstämmiger Laubbaum anzupflanzen. In den Wohnstraßen sind je 30 m Straßenlänge drei Sträucher im Grünstreifen bzw. im Bereich des Schotterrasens zu pflanzen,
- 11.6 Bepflanzungen der öffentlichen Grünflächen (Parkanlagen)
  Die offentlichen Grünflächen sind zu mindestens 20 % mit Sträuchern zu bepflanzen (gemä
  Artenliste). Die Pflanzdichte ist mit 1 Pflanze je 1,5 m² anzusetzen. Je 1,000 m² offentliche
  Grünfläche sind 3 Laubbäume (gemäß Artenliste) zu pflanzen. Die Pflanzungen sind dauerhatz
  erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Die verbleibenden Flächen sind als Wiese ode
  Rasen zu erhälter. 11.7 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie für die Erhaltung
- on Baumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern ie Gehobzbestände sind sozu erganzen, dass auf 80 % der Flache eine vollflächige Bepfl ung (Pflanzötichte 1 Pflanze je 1,5 m²) aus einheimischen Laubgehötzen (gemäß Artenlis
- 11.8 Öffentliche Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger
- 11.9 Private Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

  Je Grundstück sind mindestens 60 % dieser Flächen vollflächig mit Bäumen und Sträuchern

  gemäß Artenliste im Pflanzverbund 1,5 x 1,5 m zu bepflanzen. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu

  erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.
- 11.10 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004.
- 11.11 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen/ Lärmschutzanlage

  Der Lärmschutzwall im Abschnitt D ist auf seiner Ostseite und auf der Krone vollflächtig mit
  Bäumen und Sträuchern, gemäß Artenliste, zu bepflanzen (Pflanzdichte 1 Pflanze je 1,5 m²).

  Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Auf dem flach
  geneigten Hang der Westseite ist mittels einer geeigneten Initialansaat eine Magerwiese
  anzulegen.
- 12. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (6 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- 12.1 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004. 12.2 Entrohrung und Gestaltung von Gräben
- Die verröchten Grabenabschnitte sind zu entröhren. Der offene Wasserlauf ist so umzubetten und herzusteilen, dass eine Verbindung zwischen den Griebensöllen und dem Graben Nr. 2/3 entsteht. Das Fließgewässer ist naturnah herzusteilen und naturraumgerecht zu bepflanzen. Abweichungen des tatsächlichen Verlaufes vom zeichnerisch gekennzeichneten Verlauf um bis zu 20 m sind zulässig (vgl. Hinweis 3). 12.3 Naturnahe Bepflanzungen und Sukzessionsfläche
- 12.4 Geh- und Radwege im öffentlichen Grün
- 12a Anlage von Regenwasserrückhaltebecken (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und Nr. 20 BauGB liche Zufahrten sind, außer im direkten Bereich der Becken (schräge Abfahrt), in
- Die Becken sowie ihre Zu- und Abläufe sind naturnah auszugestalten und mit ingenieurbiologischen Maßnahmen zu sichern.
  Die Flächen, die nicht durch notwendige technische Bauwerke in Anspruch genommen werden, sind gem. TF 12.3 anzulegen. 13. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) sowie öffentliche Wege 13.1 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004.
- 13.3 Gasleitungen
- Die gekennzeichnete Fläche ist mit einem Leitungsrecht zugunsten des Versorgungsträgers zu belasten. Die Leitungsrechte umfassen die Befugnis der Versorgungsträger unterirdische Leitungen entsprechend der bezeichneten Art zu unterhalten und zu erneuern. Nutzungen wie hochbauliche Anlagen und tiefwurzelnde Sepfanzungen, welche die Unterhaltung und Erneuerung beeintrachtigen können, sind innerhalb der mit Leitungsrecht festgesetzten Flächen unzulässig. Grundstückserschließung der privaten und öffentlichen Grünfläche
- 14. Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
- 14.1 Lärmschutzwall/-wand
- 14.2 Lärmschutzwand
- 14.3 Schallschutz an den Gebäuden
- Schallschutz an den Gebäuden Innerhalb der gekennzeichneter lächen sind bei Gebäuden, die überwiegend dem Wohnen dienen, gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmass von Ri<sub>W. res</sub>= 35 dB erreichen. Innerhalb des Wohngebietes WA6 und der Gemeinbedarfsfläche "Schule" sind in einem Abstand von bis zu 30 m von der Geltungsbereichsgrenze (Messestraße) an den nördlichen und westlichen Gebäudewänden bei Gebäuden, die überwiegend dem Wohnen bzw. Aufenthalt dienen, gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmass von Ri<sub>W. res</sub>= 40 dB erreichen. In den nicht zeichnerisch gekennzeichneten MK, GE und GE<sup>E</sup> sind bei der Errichtung von Wohnungen gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmass von Ri<sub>W. res</sub>= 40 dB erreichen.
- 16. Anzahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB) In den WA1 und WA2 dürfen in Einzelhäusern maximal zwei Wohnungen entstehen
- 17. Bauliche Anlagen in Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- Innerhalb der öffentlichen Grünfläche Zweckbestimmung Parkanlage mit Spiel- und Rasensportmög-lichkeiten sowie Füß- und Radwegen sind bauliche Anlagen nur zulässig, soweit sie mit der Zweckbe-stimmung dieser Fläche vereinbar sind. Im übrigen sind bauliche Anlagen des Hochbaus unzulässig. Bestehende bauliche Anlagen, die der Zweckbestimmung nicht entsprechen, sind zu entfernen.

## Örtliche Bauvorschriften (§ 86 LBauo M-V)

- 1.1 Im Gewerbegebiet (GE)
- In den Misch-, Wohn- und Kerngebieten (MI, WA, MK)

Werbeanlagen und Warenautomaten sind in offentlichen Grünflächen unzulässig. In den Daugebieten sind Werbeanlagen nur innerhalb der Daugrenzen zulässig. Werbeanlagen duffen keine wesentlichen Bauglieder oder Architekturelemente verdecken. Dachw sind unzulassig. gen, die parallel zur Fassade angebracht sind, sind aus Einzelteilen zu bilden, deren Höl

Ordnungswidrigkeiten (§ 84 LBauO M-V)

Ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde

- ofisialacit euroriteit immeritate derivate si mirocultuscheiteites betragt die lette Lesangsache st die FoL. 111 DN 800: Hindhalb eines 5-m Schutzbereiches, beidseitig der Leitungsachse, sind keine Applianzungen von Baumen und Strauchern zullassig, Innerhalb eines 20 m Schutzbereiches, beidseit tig der Leitungsachse ist die Errichtung von Hochbauten unzulässig. Ein Unterschreiten dieser Abstandes ist nur mit einzuholender Genehmigung des Versorgungsträgers möglich. Oberflächenentwässerung
- Das Regenwasser ist gemäß § 39 Landeswassergesetz (LWaG) auf den Grundstücken zu versicker Sollte in einem Baugrundgutachten der Nachweis erbracht werden, dass dies nicht möglich ist, ist e Anschluss an die Regenwasserkanalisation zu heantragen
- ger Geruch, anormale Farbung, Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen, Reste alte Ablagerungen, (Hausmöll, gewerbliche Abfalle etc.) angetroffen, ist der Grundstücksbesitzer als Abfall besitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes nach § 11 Kreislaufwirt schafts- und Abfallgesetz (KrW-AbfG vom 27.09.1994 BGBL 1.S. 2705, zuletzt geändert durch Gesetz
- Die südliche Planungsgrenze verläuft im Randbereich der wilden Deponie des ehemalig verkehrs Ostseetrans. Bei den 1997 durchgeführten Untersuchungen im Randbereich die wurden keine auffälligen Schadstoffkonzentrationen festgestellt. Aufgrund des Abfalli
- Der zeichnerisch gekennzeichnete Bohrbrunnen Brunnen II ist gemäß § 1 Wassersicherstellungsg etz (WaSG) als Notwasserbrunnen zu erhalten. Der Bohrbrunnen IV kann nach einzuholend Senehmigung des Amtes für Unweltschutz der Stadt Rostock, Abteliung Wasserwirtschaft enftallen. Die Errichtung von Brunnen zur Grundwasserentnahme (z.B. für den Garten) ist im Plangebiet nic
- Die gekennzeitennete orunowassermessstelle ist gemals 3 97 Lwats und 3 24 Abrailwintschafts-kildiatengescetz zu erhalten, die Zugänglichkeit ist dauschaft sicherzustellen. Die Durchführung Baumaßnahmen oder Erdarbeiten im unmittelbaren Umfeld der Grundwassermessstelle sowie be sichtigte Veränderungen an der Messstelle sind dem Amt für Umweltschutz der Hansestadt Rost Abteilung Bodenschutz und Umweltplanung, mindestens eine Woche vor Beginn der Arbeiten mitzt

- ernatio der mit. "A gekennzeichneten ömentuichen Gruntlacien wir den ober gehannten Eingrimen einsprechende "Fläche angerechnet. Die Summe aller übriger möglicher Aufwertungen aus den fest; etzten Maßnahmen auf öffentlichen Grünflächen oder Maßnahmeflächen im Plangebiet wird c ingriffen externer Plantvorhaben der Hansestadt Rostock zur Verfügung stehen und dört Zugeordnet
- Vorhaben innerhalb der Abstandsflächen an der B 103
- für die Errichtung baulicher Anlagen (Lärmschutzwall) in der 20-m Anbauverbotszone nach § 9 Abs. Ir. 1 (FStrG) entlang der Stadtautobahn (B 103) ist eine Ausnahmegenehmigung des Trägers de
- Baumschutz
  Die nicht mit Erhaltungsgebot festgesetzten Bäume dürfen nur in dem Umfang beseitigt werden, wi
  dies zur Verwirklichung der zugelassenen baulichen Nutzung unvermeidlich ist. Die Bestimmungen de
  Baumschutzes (Baumschutzverordnung, bzw. mit deren Rechtskraft die Baumschutzsatzung de
  Hansestadt Rostock) sind einzuhalten.

Der Ursprungsbebauungsplan wurde aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBI. I S. 2253), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (BGBI. I S. 3108), sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LBauC M-V) vom 06. Mai 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612) nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft vom 07.04.1999 und mit Genehmigung des Ministeriums für Arbeit und Bau vom 16.06.1999, Az: VIIII 230e-512.113-03.000 (05.MI.82), sowie nach satzungsänderndem Beschluss der Bürgerschaft vom 12.07.2000 als Satzung erlassen.

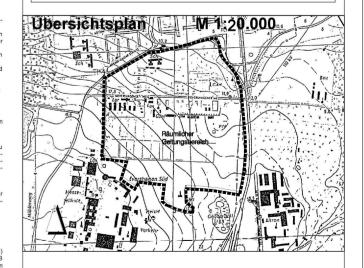
Die Erteilung der Genehmigung des Ursprungsbebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind im Städtischen Anzeiger am 04.10.2000 ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Satzung über den Ursprungsbebauungsplan ist am 05.10.2000 in Kraft getreten.

# Angaben zur 1. Änderung des Bebauungsplans

Die 1. Änderung des Bebauungsplans wurde aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. I S. 2141, 1998 I S. 137), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBI. I S. 1950, 2013), sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LBauG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Mai 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 09. August 2002 (GVOBI. M-V S. 511), nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft vom 28.12004 und mit Genehmigung des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesenkunkcklung Mecklenburg-Vorpommern vom 25.05.2004, Az.: VIII 230e-512.113 - 03000 (05.MI.82/1. Ä), als Satzung erlassen.

Die Erteilung der Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind im Städtischen Anzeiger am 13.10.2004 ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans ist am 14.10.2004 in Kraft getreten.

Der vorliegende Plan stellt die redaktionelle Zusammenfassung der seit dem 14.10.2004 rechtskräftigen Festsetzungen für das Bebauungsplangebiet dar.



# **Hansestadt Rostock** Bebauungsplan Nr. 05.Ml.82

"Evershagen-Süd"

in der internen Arbeitsfassung aufgrund der 1. Änderung

> M 1:2000 Mit örtlichen Bauvorschriften

